

Das neue Vergaberecht

Fachkonferenz „Die Thüringer Vergabepaxis gestalten - sozial, ökologisch, innovativ“

Jedes Jahr vergibt die öffentliche Hand in Deutschland Aufträge in einer Gesamthöhe von ca. 400 Milliarden Euro an die Privatwirtschaft. Dazu gehören öffentliche Investitionen in Straßen, Schienen und Schulen ebenso wie Dienstbekleidung oder Computer-Hardware in der Verwaltung. 400 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Kommunen – das sind immerhin 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts! Grund genug, darüber zu diskutieren, welche Lenkungswirkung der Staat beim Einsatz der Mittel entfalten sollte und wie sichergestellt werden kann, dass kleine und mittlere Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe hiervon besser profitieren können.

Auch in Thüringen steht das Vergabegesetz vor einer Überarbeitung. Im Koalitionsvertrag hatte sich Rot-Rot-Grün verständigt, dieses zu einem Tariftreue- und Vergabegesetz weiterzuentwickeln und die positiven Entwicklungen auf EU-Ebene nachzuvollziehen. Denn 2014 hatte sich die EU, die mit Richtlinien den Rahmen für alle Vergaben im gemeinsamen Binnenmarkt absteckt, klar dazu bekannt, dass künftig soziale und ökologische Kriterien sowie innovative Verfahren bei Vergaben verstärkt Anwendung finden sollen. Zudem hatte der Europäische Gerichtshof am Beispiel von Rheinland-Pfalz 2015 entschieden, dass ein vergabespezifischer Mindestlohn auch im Rahmen des EU-Rechts möglich ist.

Im ersten Halbjahr 2017 soll das neue Vergabegesetz für Thüringen geschrieben werden. Während noch die Evaluierung des alten Gesetzes läuft, hat sich die LINKE-Landtagsfraktion bereits ausgiebig mit dem Themenfeld befasst und u.a. Kriterien für ein neues Vergabegesetz erarbeitet: Zehn Euro Mindestlohn, klare Stärkung sozialer und ökologischer Vergabekriterien, Erhöhung der Transparenz von Vergabeentscheidungen, vereinfachte und verbesserte Kontrollmöglichkeiten bei Ver-

stößen gegen das Gesetz oder die flächendeckende Einführung von Präqualifizierungsverfahren, um die bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu begrenzen.

Doch einen solchen Vorschlag am „grünen Tisch“ zu entwickeln, wirft die Frage nach der Praxistauglichkeit auf. Deshalb lud die Linksfraktion zusammen mit dem Europabüro von Gabi Zimmer am 4. November zu einer Fachkonferenz nach Eisenach ein, um mit Fachleuten von Wirtschaft und Gewerkschaften, Juristen sowie NGO-Vertreterinnen nach Wegen für ein sozial-ökologisch fortschrittliches und trotzdem möglichst bürokratiearmes Vergabegesetz zu suchen.



Wenig überraschend lagen die Positionen bei einigen der Anwesenden ziemlich weit auseinander. So hinterfragte etwa der Verband der Wirtschaft Thüringens, ob Thüringen überhaupt ein eigenes Vergabegesetz bräuchte und sich nicht nach den Regelungen des Bundes richten könnte. Aus Sicht der anderen Anwesenden sprach jedoch so manche Regelungslücke im Bundesrecht gegen diesen Weg, da dieser sinnvollerweise durch landesrechtliche Regelungen bestimmt werden sollte. Einigkeit herrschte hingegen, dass soziale und ökologische Kriterien per se kein Problem darstellen und auch spätestens seit der neuen EU-Regelung nicht als vergabefremd gelten. Wichtig sei es jedoch, dass Verfahren gefunden werden, die die bürokratischen Lasten so-

weit minimieren, dass auch kleine und mittlere Unternehmen – immerhin 95 Prozent aller Betriebe in Thüringen – wieder verstärkt von den Aufträgen der öffentlichen Hand profitieren können.

Hier rückten nun insbesondere zwei Themen in den Mittelpunkt: die ab 2018 anlaufenden verpflichtenden elektronischen Vergabeverfahren, die bestenfalls die Antragsstellung deutlich vereinfachen, und die bereits erwähnten Präqualifizierungsverfahren. Dahinter verbirgt sich die Idee, dass ein Unternehmen einmalig notwendige Unterlagen vorlegt, um für einen bestimmten Zeitraum nur noch ein erteiltes Zertifikat, das die vorhandenen Kriterien bestätigt, einreichen zu müssen. Dies er-

spart es den Unternehmen, für jeden Antrag erneut alle Unterlagen vorhalten zu müssen. Einen gewichtigen Hinweis gab es zur Mindestlohngrenze: Statt auf einen bestimmten Zahlenwert zu fixieren, sollte sich der Vergabe-Mindestlohn an der untersten Lohngruppe des öffentlichen Dienstes orientieren, denn wenn es keine Vergabe an Private gäbe, müsste schließlich ein Bediensteter des Freistaates Thüringen die Aufgabe erfüllen. Zudem steigt damit der Mindestlohn automatisch mit den Tarifabschlüssen der öffentlichen Hand. Das – aus LINKER Sicht – Charmante daran: Mit dieser Regelung wären die zehn Euro Mindestlohn schon bald in Thüringen bei Aufträgen von Land und Kommunen Realität.

Thomas Völker

Foto: Michael Bicker

VON A BIS Z:

Sakralbauten

Im Juni hat ein Bürger eine Petition mit dem Titel „Regelung religiöser und kultureller Konflikte und Gefahren bei Sakralbauten“ an den Thüringer Landtag gerichtet. „Anders als die AfD jetzt behauptet, wendet sich die Petition nicht ausschließlich gegen die Errichtung einer Moschee durch die muslimische Ahmadiyya in Erfurt Marbach. Zwar spricht der Petent dieses Bauvorhaben in seiner Begründung an, aber seine eigentliche Frage richtet sich an eine mögliche Änderung der Thüringer Bauordnung. Er will erreichen, dass es auf Grund der religiösen Nutzung von Gebäuden nicht zu Konkurrenzverhältnissen zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen kommt. Damit wird es Aufgabe sein, über Sakralbauten aller Religionen zu beraten“, so Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Linksfraktion. Die Petition wurde von mehr als 5.000 Bürgern unterschrieben. Daher findet dazu eine öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses am 24. Januar 2017 statt.

„Während die AfD nur auf eine Verhinderung des Baus einer Moschee in Erfurt abzielt und erneut ihre Islamfeindlichkeit und die Diskriminierung von Menschen anderer Religionszugehörigkeiten unter Beweis stellt, ist es Aufgabe der Anhörung, eine klare Debatte über Fragen zu Sakralbauten im Allgemeinen zu führen. Der Petitionsausschuss wird diese Anhörung genauso sachlich behandeln wie alle anderen auch“, betont die Abgeordnete.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags für dieses Jahr sind anberaumt von Mittwoch, den 7. Dezember, bis Freitag, den 9. Dezember.

Energiekonferenz:

Zur 2. Meininger Energiekonferenz lädt die Linksfraktion am Sonnabend, den 10. Dezember, 10 bis 16 Uhr, in das Berufs- und Technologiezentrum Rohr-Kloster (BTZ) ein. Dabei geht es u.a. darum, wie Industrie, Handwerk und Politik gemeinsam die Energiewende gestalten wie sich die Zukunft des Wärmemarktes mit erneuerbaren Energien entwickeln wird.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Teilhabegesetz

Die Linksfraktion hat mit ihrer Aktuellen Stunde am 9. November im Landtag zum Bundesteilhabegesetz die Forderungen der Landesregierung im Bundesrat auf Nachbesserungen des Gesetzentwurfes und damit für die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung im Sinne einer möglichst selbstbestimmten Lebensführung unterstützt. „Das Gesetz zielt in erster Linie auf Kostenbegrenzung ab und nicht darauf, Menschen mit Behinderungen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen; es wird den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gerecht“, kritisierte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin, die geplanten Regelungen.

Trassenplanung

Strom-Korridore von Itzehoe (Niedersachsen) nach Grafenrheinfeld (Bayern) und Großgertach (Baden-Württemberg) und von Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt) nach Isar (Bayern) sollen als Erdverkabelung durch Thüringen geführt werden – durch den Hainich, die Rhön und den Thüringer Wald bei Eisenach sowie durch Ostthüringen. Als „unzumutbar“ bezeichnet Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, diese Ideen. Es gehe nur darum, Strom von Norwegen und Schweden in die Schweiz und nach Österreich zu transportieren. „Die Verbraucher hierzulande sollen dafür bezahlen. Wenn hier europäische Trassen gebaut werden, dann sollen diese auch europäisch finanziert werden.“

IHK-Prüfung

Die Industrie- und Handelskammer Erfurt holte sich mit ihrer Klage gegen die angekündigte Prüfung durch den Landesrechnungshof „eine heftige Ohrfeige“ beim Verwaltungsgericht Weimar ab. „Die Verzögerungstaktik der IHK Erfurt und Suhl beschäftigt nur unnötigerweise die Gerichte, denn in allen Präzedenzfällen haben die klagenden Kammern vor Gericht verloren und sich der Prüfung am Ende fügen müssen“, so MdL Knut Korschewsky, der den Grundsatz der Transparenz für alle mit hoheitlichen Rechten betrauten Organisationen und Strukturen betont. Die Kammern sind Anstalten öffentlichen Rechts. Unternehmen sind dort zwangsweise Mitglieder und haben Beiträge zu entrichten.